

09.12.1923 - 90. Geburtstag von Wolfgang Harich (gest. 15.03.1995)

11.12.1918 – 95. Geburtstag von Alexander I. Solschenizyn (gest. 03.08.2008)

13.12.1948 – Gründung des Verbandes der Jungen Pioniere in der DDR

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

21. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

03. Dezember 2013

Aufruf zur Teilnahme an Protesten und Blockaden gegen den Naziaufmarsch in Magdeburg am 18. Januar 2014

Seit Jahren findet in Magdeburg einer der größten Naziaufmärsche in Deutschland statt. Auch am 18. Januar 2014 wollen Nazis wieder durch die Stadt marschieren. Ihr sogenannter Trauermarsch ist zugleich Verklärung des Nationalsozialismus und gezielte Besetzung des öffentlichen Raums. Er dient zur Stärkung der Binnenidentität der Nazis, zur Demonstration von Macht auf der Straße und der Propagierung ihrer menschenverachtenden Inhalte.

Magdeburg war lang genug Aufmarschort der Nazis. Wir stellen uns gegen ihre Inszenierungen – egal, in welchem Stadtteil sie demonstrieren wollen. Dafür braucht es aufeinander bezogene, vielfältige und kreative Formen des Engagements. Wir unterstützen deshalb ausdrücklich die Protestaktionen des Bündnisses gegen Rechts unter dem Motto „Den Nazis keinen Raum geben“. Zahlreiche Meilensteine der Demokratie sollen die Meile der Demokratie erweitern und durch dezentrale Aktionen den städtischen Raum besetzen.

Seit vielen Jahren engagieren sich gegen den Naziaufmarsch Menschen aus Initiativen, Vereinen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen. Neben Protestformen wie Mahnwachen, Kunstaktionen und Demonstrationen halten wir friedliche Blockaden für ein legitimes Mittel der Auseinandersetzung mit Naziaufmärschen. Sie waren dort erfolgreich, wo sie – getragen von einem gewaltfreien und solidarischen Aktionskonsens – die Entschlossenheit vieler Menschen dokumentie-

ren, die Aufmärsche der Nazis nicht mehr hinzunehmen.

Wir rufen dazu auf, am 18. Januar 2014 an den verschiedenen Protesten teilzunehmen und sich an den friedlichen Blockaden gegen die Nazis zu beteiligen. Wir wollen vielfältig, kreativ und entschlossen protestieren – gegen Menschenverachtung, Rassismus und Geschichtsrevisionismus. Lasst uns den jährlichen Naziaufmarsch in Magdeburg zur Geschichte machen!

Magdeburg, den 27. November 2013

Erstunterzeichner_innen

(Verbände, Organisationen und Parteien):

- * AWO Jugendwerk
- * BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt
- * DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
- * DIE LINKE. Stadtverband Magdeburg
- * Fachschaftsrat der Fakultät für Humanwissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
- * Front deutscher Äpfel
- * GRÜNE JUGEND
- * JUSOS Sachsen-Anhalt
- * Linksjugend Solid

Mitzeichnen und unterstützen auf:

www.blockmd.de

Nachbetrachtung zum Stadtparteitag DIE LINKE Halle (Saale)

(mb) Neben dem Rechenschaftsbericht des bisherigen Stadtvorstandes, dem Bericht des Fraktionsvorsitzenden der Stadtratsfraktion Bodo Meerheim, dem Grußwort von Birke Bull, der Landesvorsitzenden unserer Partei, hatten wir einen regelrechten Wahlmarathon zu bewältigen. Ging es in vielen der Redebeiträge um unsere konkrete Arbeit vor Ort und sozusagen auch schon ganz konkret um die Vorbereitung der Kommunalwahlen am 25. Mai nächsten Jahres ging vielleicht die Bedeutung der verschiedenen Wahlen unter. Wir haben einen Stadtvorstand gewählt, der uns also in den kommenden Kommunalwahlkampf führen wird, der verantwortlich für den in unserer Stadt zu führenden Europawahlkampf sein wird. Dieser Stadtvorstand wird sich aber auch schon mit dem Landtagswahlkampf für die Landtagswahl im Frühjahr 2016 zu beschäftigen haben. Das sollte schon zu Amtszeiten des jetzigen Vorstandes passieren, sonst wird die Zeit für eine fundierte Grundlage zu knapp. Wir haben desweiteren die Delegierten zu den Bundesparteitagen der Jahre 2014/2015 gewählt. Auch diese Genossinnen und Genossen (die Ergebnisse der vielen Wahlen waren im letzten Linken Blatt veröffentlicht) werden wieder hohe Verantwortung zu tragen haben, sei es wenn es um Satzungsfragen geht, oder um die Wahl des neuen Parteivorstandes. Die gewählten Genossinnen und Genossen zur Bundesvertreterkonferenz werden über das Europawahlprogramm sowie über die Kandidatinnen und Kandidaten zur, ebenfalls am 25. Mai 2014 stattfindenden, Europa-

wahl mit zu entscheiden haben. Das wird ungefähr so einfach sein, wie die Quadratur des Kreises. Gilt es doch, Regionen und Politikfelder für ganz Deutschland zu beachten. Wenn wir reell ca. sieben bis acht Mandate holen können, dann ist das allein mit der regionalen Verteilung bei 16 Bundesländern schon sehr schwierig. Für die von uns gewählten Delegierten zur Bundesvertreterversammlung wird sicher auch die Aufgabe relevant sein, die Bedeutung auch der Europawahlen für unsere Partei und unser Land in unsere Basis zu tragen, die Bedeutung linker Politik für Europa den Wählerinnen und Wählern nahe zu bringen.

Die von uns gewählte Finanzrevisionskommission wird wie bisher prüfen, ob wir unsere Mittelsatzungs- und buchungstechnisch korrekt ausgeben und sie werden sicher der neuen Schatzmeisterin Melanie Heyner mit Rat und Tat zur Seite stehen.

In den Landesausschuss wählten wir Marion Krischok und Dr. Christine Radig. Bisher waren unsere Vertreter Marion Krischok und Frank Baier. Frank war bis dato auch Vorsitzender des Landesausschusses. Im Paragraph 20, Absatz 1 der Landessatzung der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt wird die Aufgabe dieses Gremiums wie folgt beschrieben: „Der Landesausschuss ist das Organ des Landesverbandes mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand.“ Der ausführliche Text zum Landesausschuss findet sich in der Satzung der Partei DIE LINKE Landesverband Sachsen-Anhalt. So befasst sich dieses Gre-

mium mit den jährlichen Finanzplänen des Landesverbandes, diskutiert die Rechenschaftsberichte, berät über Leittritte an die Landesparteitage, wie zuletzt z.B. die Kommunalpolitischen Leitlinien, begleitet die Parteientwicklung, sowie Kampagnen der Landespartei, z.B. die Rentenkampagne. Wichtige Themen waren auch die Programmdebatte und der Listenvorschlag des Landesvorstandes zur Landtagswahl. Aber auch mit so scheinbar banalen Anträgen wie dem Antrag zur finanziellen Unterstützung des jährlich stattfindenden Pfingsttreffens beschäftigt sich der Landesausschuss und gibt Empfehlungen an den Landesvorstand. Ihr lest also, auch das ist eine wichtige und umfangreiche Arbeit.

Die Redaktion des Linken Blattes gratuliert allen gewählten Genossinnen und Genossen, ob Stadtvorstand, Delegierte, Ersatzdelegierte, Mitgliedern der Kommissionen und Ausschüssen und auch deren Vertreterinnen und Vertretern und wünscht allen gutes Gelingen und immer auch ein Quentchen Spaß bei aller ehrenamtlichen Arbeit.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tligig
Auflage: 400 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
28.11.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 12.12.2013

Liebe Genossinnen und Genossen, wie heißt es so schön: Neue Besen kehren gut. Wir haben uns einen neuen Stadtvorstand gewählt – freilich mit einigen bekannten Gesichtern, aber auch mit neuen Gesichtern. In den nächsten Ausgaben

möchten wir Euch die Mitglieder des neu gewählten Stadtvorstandes näher vorstellen. Wir beginnen mit den bisher noch nicht in diesem Gremium vertretenden Genossinnen und Genossen. Eine Ausnahme wird die neu gewählte Schatzmeisterin sein. Melanie Heyner

war zwar bisher schon im Stadtvorstand, aber eben nicht in ihrer jetzigen Funktion. In dieser Ausgabe beginnen wir mit der jungen Frau, die ihr trotz studienbedingter Nichtanwesenheit in den neuen Stadtvorstand gewählt hat: Sarah Heinemann

Vorgestellt: Sarah Heinemann

1. Liebe Sarah, du bist 25 Jahre alt, Studentin der Sprechwissenschaft an der hiesigen Universität und nun seit dem 16.11.2013 Mitglied des Stadtvorstandes DIE LINKE Halle (Saale).

Wie bist du zur Partei DIE LINKE gekommen?

Liebe Marianne, in meiner Familie sind wir schon immer links gewesen. Aber eigentlich bin ich erst so richtig an Die LINKE gekommen, als ich 2010 ein Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung erhalten habe. Dort habe ich viele politisch engagierte und nette Menschen kennengelernt und „musste“ mich so nach und nach einfach auch stärker mit politischen Themen auseinandersetzen, was nicht leicht war, da ich mich bis dato nur wenig damit beschäftigt habe bzw. mein Studium sich auch eher mit Kunst und Rhetorik befasst als mit Politik und Geschichte (wie bei den meisten anderen Stipendiat*innen). Im September 2012 bin ich dann für ein Jahr an die italienische Universität in Genua gegangen und habe dort studiert. Vor allem aber habe ich die dortigen Studienverhältnisse kennengelernt. Die Studierenden werden unter anderem nicht dazu angehalten, Fragen zu stellen oder zu diskutieren und es herrscht darüber auch großer Unmut. Doch sie

sind noch weit davon entfernt aktiv etwas gegen diese Missstände zu unternehmen. Das hat mich sehr zum Nachdenken gebracht. Dann überschlugen sich zusätzlich die Ereignisse in meiner Heimatstadt; Hochschul- und Kulturkürzungen, Hochwasser, Protestaktionen. Ich konnte von Genua aus nicht viel tun, außer Informationen weiterzuleiten und alle Petitionen zu unterschreiben, die ich erhielt. Das war eigentlich der ausschlaggebende Punkt für den Entschluss mich ab sofort politisch einzubringen. Und deshalb trat ich im August, gleich nach meiner Rückkehr aus Italien, der Partei Die LINKE bei. Seitdem engagiere ich mich in der Linksjugend [‘solid] und gebe mir verstärkt große Mühe, mich mit Politik auseinanderzusetzen, um auch aktiv etwas zu verändern. Außerdem habe ich die Hoffnung, als studierte Rhetorikerin und Sprecherzieherin meine Fähigkeiten eventuell hilfreich einsetzen zu können.

2. Was waren Deine Beweggründe für die Kandidatur?

Ich bin jemand, der immer wieder nach neuen Herausforderungen sucht und sich ihnen auch mutig stellt. In den letzten Jahren habe ich mich sehr in der Kultur engagiert und bin auch immer noch zeitweilig



als Statistin an der Oper Halle tätig. Ich habe also als gebürtige Hallenserin, Studentin und Kulturliebhaberin gleich mehrere Gründe, um etwas an den aktuellen Missständen ändern zu wollen. Ein netter Mensch hat mir die Aufgaben des Stadtvorstandes erklärt und meinte, es würden noch Kandidat*innen gesucht. Ich fand es interessant und dachte ich versuche einfach mal mein Glück. So habe ich mich sehr spontan und kurzfristig noch für eine Bewerbung entschieden. Allerdings war ich umso überraschter, als ich tatsächlich gewählt worden bin! Ich freue mich natürlich sehr als politischer Neuling so eine Chance zu bekommen!

3. Wie stellst du dir deine Arbeit in diesem Gremium vor und gibt es bereits Vorstellungen deinerseits, wo deine Schwer-

punkte liegen könnten?

Ich denke die Arbeit in so einem Gremium wird interessant und spannend. Und ich denke es wird nicht an Herausforderungen mangeln. Zwar brauche ich als Neue bestimmt noch etwas Starthilfe, aber ich schätze ich finde mich schnell hinein. Ich würde mich gern mit den Bereichen Hochschul- und Kulturpolitik auseinandersetzen und auch als Ansprechpartnerin für Jugendverbände und die Rosa-Luxemburg-Stiftung fungieren. Aber prinzipiell bin ich da sehr offen und neugierig.

4. Möchtest Du unseren Leserinnen und Lesern noch etwas mitteilen, wonach ich Dich nicht gefragt habe?

Ich hoffe über mein neues Engagement kann ich viel für mich mitnehmen und dazulernen. Und vielleicht kann ich meine Fähigkeiten einbringen und sie durch neue ergänzen. Außerdem hoffe ich mir viele schöne Anregungen für meine Masterarbeit, die ich zu einem gesellschaftspolitischen Thema schreiben werde. Sonst bin ich sehr gespannt auf die folgenden zwei Jahre und wo sie mich hinführen werden. Dankeschön.

Liebe Sarah, wir wünschen dir viel Erfolg bei Deinen Projekten und natürlich insbesondere für deine Arbeit im Stadtvorstand.

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Dezember Geburtstag haben.



Liebe Genossinnen und Genossen,

der Stadtvorstand hat sich die Verbesserung der Kommunikation im Stadtverband auf die Fahnen geschrieben. Dazu gehören neben dem erklärten Willen auch ganz praktische Dinge. Deshalb möchten wir Euch bitten, dem Vorstand via Geschäftsstelle (info@dielinke-halle.de) Eure Erreichbarkeit per E-Mail anzugeben. Herauskommen soll bei der Aktion letztlich ein Newsletter, über den ihr sehr zeitnah über wichtige Dinge im Stadtverband informiert werden könnt. Auch sehr kurzfristige Termine könnten wir besser verbreiten. Wir hoffen auf viele Rückmeldungen.

Marianne Böttcher

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung. Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro:
DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Vorankündigung Luxemburg - Liebknecht - Gedenken

Wie auch in den Jahren zuvor stellt der Stadtverband Halle (Saale) gemeinsam mit dem Saalekreis und dem Burgenlandkreis einen Bus zur Fahrt nach Berlin. Der Unkostenbeitrag für unsere Genossinnen und Genossen beträgt wie in den Jahren zuvor 15,00 Euro. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme. Anmeldungen bitte unverzüglich über die Telefonnummer 01775737799 oder über info@dielinke-halle.de Die genauen Daten werden im nächsten Linken Blatt veröffentlicht.

Aus der Stadtratssitzung am 27. November 2013

Eine lange Stadtratssitzung mit wichtigen Entscheidungen und vielen Emotionen liegt hinter uns! Aber der Reihe nach!

Seit langem war die Bürgerfragestunde vor dem Stadtrat wieder sehr gut besucht. Die dafür eingeplante Stunde reichte diesmal nicht aus, um alle BürgerInnen anzuhören. Einige Anfragen werden nun schriftlich beantwortet. Die Anfragen der BürgerInnen bezogen sich auf die Erhaltungssatzung im Gesundbrunnenviertel, auf den Umzug des Herder-Gymnasiums, zum B-Plan eines neuen Wohngebietes in Dölau, um Lärmbelästigungen, um den geplanten Abriss des „Künstlerhauses 188“ u.a.m. Noch ehe der Stadtrat richtig loslegen kann, wird eine Auszeit ausgemacht. Grund dafür ist ein Dringlichkeitsantrag zur Theater, Oper und Orchester GmbH (TOO) und dazugehöriger Änderungsanträge. Nach der Einigung zu dieser Problematik beginnt die Sitzung. Etliche Dringlichkeitsanträge, die vor allem Umsetzungen in den Ausschüssen und Aufsichtsräten betreffen, wurden zusätzlich auf die Tagesordnung genommen, andere Vorlagen, wie z.B. die Spielplatzkonzeption und die kulturpolitischen Leitlinien, wurden abgesetzt und sollen später behandelt werden.

Im Bericht des Oberbürgermeisters ging es um den Beschluss zum Haushalt, der im Dezember verabschiedet werden soll. Er machte deutlich, dass die Stadt Halle keine neuen Schulden machen wird! Derzeit sind 300.000 Euro noch nicht „gedeckt“, das Delta muss noch ausgeglichen werden!

Einstimmig stimmte der Stadtrat dann einem Antrag zu, der den Landtag von Sachsen-Anhalt auffordert, die geplanten Kürzungen für die TOO von 2,9 Mio. Euro nicht vorzunehmen. Der Stadtrat fordert das

Land auf, die Zuschusskürzungen für die TOO bis zum Jahr 2018 im Einvernehmen mit der Stadt Halle vorzunehmen. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, die Verhandlungen mit dem Land über eine stufenweise Zuschusskürzung für die TOO ab dem Jahr 2015 fortzusetzen. In der Landtagssitzung am 12./13. Dezember soll das Land seine Position gegenüber der Stadt darstellen!

Ebenfalls zugestimmt wurde der Vorlage für die Festlegung der fünf Wahlkreise zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014. Leichte Veränderungen gibt es zu den bisherigen Wahlkreisen auf Grund der Bevölkerungsentwicklung.

Richtig turbulent wurde es dann beim Tagesordnungspunkt „Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA – Gestaltungsbeschluss“. Hinter dieser Vorlage verbirgt sich der Ausbau des Böllberger Weges für eine Veränderung der Bahnkörper der Straßenbahn. Durch ein Förderprogramm von Bund und Land würde die Stadt Halle (Saale) die entsprechenden Gelder bekommen. Allerdings legt dieses Förderprogramm klare Prämissen der Förderung fest. Hier gehe es um ein „eigenes Gleisbett“. Das wiederum hat zur Folge, dass aus Platzgründen die ehemalige Weingärtenschule – jetzt Künstlerhaus 188 – abgerissen werden muss. Der Streit über ggf. andere Alternativen beschäftigte auch schon die letzte Stadtratssitzung. Der Antrag, diesen Vorgang zur nochmaligen Prüfung in den Planungsausschuss zu verweisen, schlug fehl. Alle eingebrachten Ideen und Varianten waren nicht mehrheitsfähig. Eine namentliche Abstimmung ergab, dass 23 Räte für die Vorlage, 19 dagegen (bei vier Enthaltungen) waren. Damit wird die Genehmigung zum Abriss eingeholt.

Einer Gebührensatzung für Musik- und Instrumentalunterricht am Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ hat unsere Fraktion nicht zugestimmt. Ein Antrag unserer Fraktion, dass das 3. Kind einer Familie für die Gebühren freigestellt wird, fand keine Mehrheit.

Ohne Probleme wurde die Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsconceptes, der Jahresabschluss des MDV, der Jahresabschluss des Berufsförderwerkes und die Richtlinie für die Tagespflege in der Stadt Halle (Saale) bestätigt.

Emotional wurde es bei der Verabschiedung der „Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)“ und zur „Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen“.

Der „Satzung zum Besuch der Kitas“ konnten wir zustimmen. Unsere Änderungsanträge zur Aufrechterhaltung der Betreuungsstufen von 55 und 60 Stunden beispielsweise wurden bereits im Jugendhilfeausschuss angenommen und durch die Verwaltung für die Vorlage übernommen. Zur Gebührensatzung hatte unsere Fraktion – zugegeben etwas kurzfristig – noch einen Änderungsantrag eingebracht, der eine Kappungsgrenze von 260 Euro für die Betreuung der Kinder vorsah. Bodo Meerheim argumentierte, dass wir auch eine kostenlose Betreuung in der Kita anstreben, jedoch derzeit die finanzielle Lage der Kommune es nicht hergibt! Aber Mehrfamilienfamilien wollen wir nicht noch zusätzlich belasten, darum unser Antrag! Die Deckung der Mehrkosten soll u. a. aus den Mehreinnahmen der Stadt Halle bei den Steuereinnahmen gedeckt werden. Die Verwaltung kann nicht genau benennen, wie hoch die Summe der Mehr-

ausgaben sei und meint, dass es keine Deckung gäbe! Bodo verweist auf andere Aussagen und drückt sich deutlich aus, dass er „stinksauer und wütend“ auf die Verwaltung sei. Unser Antrag kann sich leider nicht durchsetzen, auch ein Änderungsantrag der Grünen

nicht, der Verbesserungen für Mehrkindfamilien beinhaltet. Der CDU-Antrag mit einer Kappungsgröße von 285,00 Euro monatlich setzt sich schließlich durch. Wir haben der Erhöhung der Kosten für die Benutzung der Kitas nicht zustimmen können.

„Heiße“ Diskussionen gab es auch noch um die Vorlage „Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen“. Diese Vorlage wurde in den Planungsausschuss verwiesen! Wir berichten weiter...

Ute Haupt, Stadträtin

Stellungnahme der BAG Rote Reporter/-innen zur vom Parteivorstand beschlossenen weiteren Kürzung des Fonds für zentrale Druckerzeugnisse

BAG Rote Reporter/-innen, Sprecherrat

An alle Mitglieder des Parteivorstandes, des Bundesausschusses und alle Sprecher/-innen der bundesweiten Zusammenschlüsse

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl ist allen klar, dass die Partei insgesamt weniger finanzielle Mittel zur Verfügung hat. Deshalb muss sie an allen Stellen nach Einsparpotentialen suchen. Dass diese notwendigen Maßnahmen nicht an jeder Stelle für Begeisterungstürme sorgen, ist nachvollziehbar. Umso mehr verwundert uns die auf der Sitzung des Parteivorstandes am 24. November getroffene Entscheidung. Konkret geht es darum, dass auf Kosten des Fonds für zentrale Druckerzeugnisse nicht nur gespart, sondern darüber hinaus durch weitere Kürzung die Zuführung an den Jugendverbände erhöht werden soll. Über den zentralen Druckkostenfond wird unter anderem der DISPUT mit jährlich 65.000 Euro unterstützt. Dessen Fortbestand sehen wir nun stark gefährdet.

Zu den Fakten

Im Entwurf des Finanzplans 2014, den Bundesschatzmeister Raju Sharma vorlegte, waren für den Fond für zentrale Druckkosten 170.000 Euro veranschlagt – 50.000 Euro (22,7 %) weniger als im Kalenderjahr 2013. Für den Jugendverband wurden 300.000 Euro angesetzt. Das sind 150.000 Euro weniger als 2013. Dies scheint un-

verhältnismäßig hoch.

Bei der Beurteilung ist jedoch zu berücksichtigen, dass nach dem diesjährigen Gerichtsurteil der Jugendverband linksjugend.solid eben so wie die Jugendverbände der anderen Parteien (JU, Grüne Jugend, Junge Liberale, Falken) staatliche Förderung erhalten. Das sind nach derzeitigem Kenntnisstand 150.000 Euro (2013 waren es 160.000). Rechnet man diesen Betrag mit den eingestellten 300.000 Euro des Parteivorstandes zusammen, kommt man auf 450.000 Euro, die dem Jugendverband zur Verfügung stehen würden. Übrigens genauso viel wie 2013.

Auf der Beratung des Parteivorstandes am 24. November 2013 wurde der Antrag gestellt und beschlossen, dass der Fonds für zentrale Druckkosten um weitere 30.000 Euro reduziert sowie die damit freiwerdenden Mittel dem Jugendverband zugewiesen werden. Damit hätte der Jugendverband im Vergleich zu 2013, unter Berücksichtigung aller Fördermöglichkeiten (Partei und staatliche Förderung) 30.000 Euro mehr zur Verfügung. Er wäre der einzige Bereich, der nicht von Kürzungen betroffen ist, sondern im Kalenderjahr 2014 im Vergleich zu 2013 finanziell sogar besser ausgestattet sein wird.

An dieser Stelle möchten wir daran erinnern, dass der Parteivorstand eine Ausfallbürgschaft übernom-

men hat. Sollte der Jugendverband wider Erwarten eine staatliche Förderung von weniger als 120.000 Euro erhalten. Somit sind dem Jugendverband für 2014 mindestens 420.000 Euro finanzielle Mittel sicher. Die Kürzung zu 2013 beträgt im schlechtesten Falle max. 30.000 Euro (6,7 %).

Wenn wir uns darüber einig sind, dass an jeder Stelle der Partei gespart werden sollte, sind diese 30.000 Euro im Verhältnis zur Fördersumme im vergangenen Jahr von 450.000 Euro auch für den Jugendverband zu verkraften.

Für den Fonds für zentrale Druckerzeugnisse ist hingegen die Einsparung enorm. Statt 220.000 Euro im Jahr 2013, stehen nun nur noch 140.000 Euro zur Verfügung. Das sind 80.000 Euro (36,4 %) weniger. Über diesen Fonds, kurz auch Druckkostenfond genannt, werden unter anderem die externen Publikationen der Zusammenschlüsse finanziert (2013 mit 40.000 Euro, für 2014 vorgesehen mit 30.000 Euro) und das Erscheinen der monatlichen Mitgliederzeitschrift DISPUT mit 65.000 Euro jährlich bezuschusst. Mit dieser erneuten Kürzung des Druckkostenfonds könnten sich die Mittel reduzieren, die den Zusammenschlüssen für ihre Publikationen zur Verfügung stehen.

Die Sprecher/-innen der Zusammenschlüsse hatten sich auf ihrem Treffen am 16. November nach einem

langen Diskussionsprozess auf eine Berechnung der Sparmaßnahmen geeinigt, die ca. 30% Kürzung für die Arbeit der Zusammenschlüsse beinhalten. Hier wird durch die weitere Beschneidung der finanziellen Mittel, die konstruktive ergebnisorientierte Diskussion vom 16.11.2013 für null und nichtig erklärt.

Die Alternative ist aber keine, wenn sich die Kürzungen auf den DISPUT konzentrieren, was dessen Erscheinen ernsthaft gefährden würde.

Der DISPUT ist derzeit unsere einzige Mitgliederzeitschrift in der Partei DIE LINKE, die Informationen aus dem Parteivorstand, aus den Landesverbänden, aus den Parlamenten und zu bestimmten Themen aufarbeitet. Für die Mitglieder, die den DISPUT abonnieren oder kostenlos als PDF im Internet lesen und downloaden, ist er eines der wichtigsten Informationsquellen.

Im Verlauf des letzten Jahres hat sich der DISPUT enorm weiterentwickelt. Inhalt und Layout sind moderner und lebendiger geworden. Die Themen sind abwechslungsreich. In der Rubrik „Leserzuschriften“ kommen Genossinnen und Genossen der Parteibasis zu Wort. So spiegelt sich die gesamte Pluralität der LINKEN wider. Die Weiterentwicklung des DISPUT zu Beginn des Jahres 2013 führte spürbar zu steigenden Abonnentenzahlen. Besonders die westlichen Landesverbände verfügen kaum oder gar nicht über eigene Printmedien, um ihre Mitglieder zu informieren. Für sie ist der DISPUT eine wichtige Informationsquelle, um über Ereignisse und Themen der Partei informiert zu sein.

Wenn wir uns darüber einig sind, dass es ein Printmedium geben muss, mit dem die Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten in-

formiert werden, dann darf der Bestand des DISPUT nicht gefährdet werden. Uns allen ist gut in Erinnerung, welche Kosten ein Alternativprojekt wie der Versuch der Mitgliederzeitschrift DIE LINKE verursacht hat. Wenn wir jetzt aus finanziellen Gründen dafür sorgen, dass das Erscheinen des DISPUT eingestellt wird, werden wir zukünftig viel mehr finanzielle Mittel benötigen, um ein Äquivalent zu schaffen.

Als Bundesarbeitsgemeinschaft Rote Reporter/-innen sprechen wir uns ausdrücklich für den Erhalt des DISPUT und seine Weiterqualifizierung aus. Die ursprünglich vorgesehene „Kürzung“ des Budgets des Jugendverbandes halten wir aus o. g. Gründen für vertretbar. Es gibt im schlimmsten Fall eine Kürzung für den Jugendverband in Höhe von 6,7%, während an ande-

ren Positionen, z.B. den Zusammenschlüssen, 30% eingespart werden. Auch die Vereinbarung einer Nullrunde mit dem Personal im KLH ist ein Zeichen, das für eine LINKE schwierig zu vermitteln ist. Nicht vermittelbar ist unter diesen Umständen, dass mit einer Umschichtung von einer Kostenstelle auf die andere, ein Projekt zum Sterben verurteilt ist und ein anderes nicht zum Sparen aufgefordert wird. Eine Gefährdung des wichtigsten Printmediums, über das DIE LINKE derzeit verfügt, halten wir für unverantwortlich.

Wir bitten deshalb die Verantwortlichen, in den folgenden Beratungen zum Finanzplan, die Entscheidung des PV zur Kürzung des Fonds für zentrale Druckerzeugnisse nochmals zu überdenken und rückgängig zu machen.

Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket weiterführen

Sabine Dirlich, Sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin

Seit Wochen erreichen die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt besorgte Briefe, die uns darum bitten nach Möglichkeiten zu suchen, die Projekte der Schulsozialarbeit, die in den letzten Jahren mit Hilfe der Finanzierung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket entstanden sind, zu erhalten. Die Bundesregierung hat von Anfang an angekündigt, die Projekte nur bis Ende 2013 finanzieren zu wollen. Danach sollten die Landkreise einspringen. Das ist vor dem Hintergrund der Finanzsituation der Kommunen illusorisch. Wir haben deshalb das Thema im Landtag aufgegriffen und Vorschläge zur Lösung unterbreitet.

Es war nicht möglich, über das Bildungs- und Teilhabepaket im

Landtag zu reden, ohne noch einmal unsere grundsätzliche Kritik daran deutlich zu machen. Wir haben es von Anfang an als bürokratisches Monster bezeichnet und haben mehrfach auf die Probleme aufmerksam gemacht. Unsere Bedenken haben sich nahezu restlos bewahrheitet.

Es war nicht möglich, über dieses Thema im Landtag zu reden, ohne unsere grundsätzliche Kritik zu äußern an der Praxis, immer neue Modellprojekte zu initiieren, nützliche Projekte entstehen zu lassen, um dann nach einer mehr oder weniger kurzen Phase die finanziell klammen Kommunen mit der Finanzierung allein zu lassen. „Schulsozialarbeit braucht dauerhafte und verlässliche Strukturen und dauerhafte Beziehungen zwischen den Kinder bzw. Eltern und

den Sozialpädagogen, aber auch die enge Einbindung ins Kollegium.“ So zumindest sehen es vom Wegfall bestehender Strukturen betroffene Schulleiterinnen zum Beispiel aus Anhalt-Bitterfeld.

Es war nicht möglich, über das Thema Schulsozialarbeit zu reden, ohne die Flickschusterei zu kritisieren, die dann aus einer solchen Praxis entsteht. Schulsozialarbeit finanziert durch ESF-Programme, Schulsozialarbeit auf Initiative des Bundesministeriums für Familie, Seniorinnen, Frauen und Jugend, Schulsozialarbeit über das Fachkräfteprogramm des Landes, Schulsozialarbeit in Kommunalen Verantwortung, Schulsozialarbeit finanziert mit Hilfe des Bildungs- und Teilhabepaket.

Dazu kommt, dass es in all diesen Programmen unterschiedliche Anforderungen an die Antragsverfahren gibt, unterschiedliche Anforderungen an die inhaltliche Ausrichtung bestehen, die Mitarbeiterinnen unterschiedliche Qualifikationen aufweisen müssen und natürlich auch unterschiedlich bezahlt werden.

Unabhängig von all unserer Kritik wird in solchen Projekten eine ausgesprochen wichtige und wertvolle Arbeit geleistet. Im Schreiben aller Schulleiterinnen aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld steht dazu :

„An unseren Schulen arbeiten seit geraumer Zeit Schulsozialarbeiterinnen, welche aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert werden. Sie leisten eine sehr gute sozialtherapeutische Arbeit, sind mit viel Engagement dabei und kümmern sich intensiv um Kontakte zwischen Schulen, Familien, Jugend- und Sozialämtern. Besonders Familien aus bildungsfernen Gesellschaftsschichten, die für schulische und erzieherische Belange nicht mehr greifbar waren, nehmen das Angebot über die Schulsozialarbeiterinnen, doch im Sinne ihrer Kinder mit der Schule in Kontakt zu treten, vermehrt an.“

Und genau darum ging es in unserem Antrag. Denn wir haben es an dieser Stelle mit einem Dilemma zu tun, das weder leicht zu beschreiben und noch weniger leicht zu lösen ist. In einer der letzten Nachtsitzungen, die das Bildungs- und Teilhabepaket geschnürt haben, wurde in einer Protokollnotiz festgehalten, dass etwa 400 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, um daraus Schulsozialarbeit und Mittagessen im Hort zu finanzieren. Das allerdings nur bis Ende 2013. Von diesem Zeitpunkt an, also ab dem 01.01.2014 übernimmt der Bund die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Und wem sich jetzt der Zusammenhang nicht auf Anhieb erschließt, dem sei gesagt: Er besteht auch nicht wirklich!

Die Annahme, von der die Bundesregierung ausgegangen war ist die, dass den Kommunen von diesem

Zeitpunkt an die Mittel zur Verfügung stehen, die für oben genannte Grundsicherung nicht mehr ausgegeben werden müssen. Schaut man die nackten Zahlen an, so stellt man in der Tat fest, dass für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bis zu zehnmal mehr ausgegeben wird, als für Schulsozialarbeit über das Bildungs- und Teilhabepaket.

Aber leider ist damit mitnichten alles gut. Die Übernahme der Grundsicherung erfolgte nämlich schrittweise und die Kreise haben schon in diesem Jahr nur noch 25% der Kosten für die Grundsicherung im Alter getragen.

Und dann gibt es da auch noch das Finanzausgleichsgesetz. Den Kommunen sollten durch die Entlastung von der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Mittel für andere Aufgaben zur Verfügung stehen. Das findet in Sachsen-Anhalt allerdings nicht statt, weil der Finanzminister, mit dem Hinweis auf die Entlastung, genau die Summe aus dem FAG für 2014 gestrichen hat, die in diesem Jahr für die Grundsicherung ausgegeben wurde. Den Kommunen in Sachsen-Anhalt stehen somit die freiwerdenden Mittel genau nicht zur Verfügung, die sie für Schulsozialarbeit ausgeben könnten.

Damit stehen viele Projekte der genannten Schulsozialarbeit in den Kreisen vor dem Aus. Wir wollten die Landesregierung veranlassen, über geeignete Möglichkeiten zur Fortführung der Projekte nachzudenken, die zur Disposition stehen. Dabei haben wir vorgeschlagen, dass nicht verausgabte Mittel aus dem ESF verwendet werden sollen. Mittel, die in anderen Programmen nicht abfließen, könnten an dieser Stelle sinnvoll eingesetzt werden. Wir wissen, dass es solche Mittel in Größenordnungen gibt. Etwa 30 Millionen Euro stehen zur Debatte. Wir wissen, dass es möglich ist, eine andere Verwendung vorzusehen und Umwidmungen vorzunehmen. Im Sozialausschuss wurde uns mitgeteilt, dass dies eine gängige Praxis ist.

Der zweite Punkt unseres Antrages hat den Blick ein wenig geweitet. Wir machen uns keine Illusionen, dass es möglich sein könnte, Schulsozialarbeit auf eine einheitliche und dauerhafte Grundlage zu stellen. Aber eine wirksame Koordination der verschiedenen Angebote und eine Zusammenarbeit zwischen den Projekten sollte in jedem Fall angestrebt werden. Auch um krasse Unterschiede in den Anforderungen an die Projekte zu vermeiden.

Die Koalitionsfraktionen haben es leider versäumt, die Landesregierung sofort zum Handeln aufzufordern und den Antrag in den Bildungsausschuss überwiesen. Damit dürfte eine Landeslösung vereitelt worden sein.